



Presseschau vom 12.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: Massenherstellung: Erste Charge russischer Arznei gegen das Coronavirus in Krankenhäuser geliefert

Die erste Charge der russischen Coronavirus-Arznei, genannt Avifavir, wurde nach erfolgreichen Tests in Russlands Kliniken geliefert. Für Juni ist die Auslieferung von 60.000 Therapieeinheiten geplant. Bis zu zwei Millionen Therapieeinheiten können jährlich hergestellt werden. ...

<https://de.rt.com/27sg>

de.sputniknews.com: Freidenkerverbandschef: US-Truppenabzug „eine Wohltat für die Bevölkerung“

Die Pläne des US-Präsidenten Donald Trump, ein Teil der in Deutschland stationierten US-Truppen abzuziehen, stößt fast ausnahmslos auf Kritik in den lokalen Medien und der Politik. Über die Berichterstattung und mögliche Auswirkungen eines Abzugs sprach Sputnik mit dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Freidenker-Verbandes, Klaus Hartmann. ...

<https://sptnkne.ws/CEqA>

Tilo Gräser: Corona-Krise: Extreme Armut für Millionen Menschen und extreme Gewinne für wenige Milliardäre

Milliarden-Gewinne für Superreiche, während eine Milliarde Menschen von extremer Armut bedroht sind – das gehört laut Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-

Pandemie. Davor warnen UN-Organisationen und andere Institutionen. Sie machen deutlich, dass auch zunehmende Kinderarbeit und wachsende Ungleichheit drohen. ...

<https://sptnkne.ws/CEwg>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Maas ruft zur verstärkten Militärpräsenz im Krisengebiet Mali auf**
Vor dem Hintergrund der Eskalation in der afrikanischen Sahelregion hat der Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) Deutschlands internationale Partner zu verstärktem Einsatz in Mali aufgerufen.

Im Zuge der virtuellen Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur UN-Mission in Mali gab Heiko Maas bekannt, dass Deutschland sein Engagement für den UN-Stabilisierungseinsatz Minusma fortsetzen und dabei zum Teil ausweiten werde.

„Und wir rufen weitere UN-Mitgliedstaaten dazu auf, sich an Minusma zu beteiligen. Die Mission muss weiter gestärkt werden“, betonte Maas.

Der Bundesaußenminister betonte auch, dass die Situation in Mali nach wie vor eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstelle.

„Gewalt und Unruhen breiten sich aus, vor allem im Zentrum des Landes. Zwar konnten wir zuletzt Fortschritte bei der Bekämpfung des Terrorismus beobachten, doch greifen terroristische Gruppierungen unverändert Zivilisten und Sicherheitskräfte an. Ihre Ziele liegen teilweise auch außerhalb Malis - in Nachbarländern und potenziell auch in Europa“, sagte Maas.

Zuvor hatte der Bundestag sein Mandat für die deutsche Beteiligung an Minusma verlängert. Weiterhin sollen bis zu 1100 Soldaten im Krisengebiet eingesetzt werden können.

Minusma soll den Friedensprozess in Mali unterstützen, nachdem der Norden des Landes im Jahr 2012 vorübergehend in die Hände islamistischer und anderer Rebellengruppen geraten war, bevor Frankreich militärisch eingriff. Allerdings wird der UN-Einsatz für seine mangelnde Wirksamkeit kritisiert.

wpered.su: **Komsomolzen der DVR haben Bäume an einem Gedenkstein gepflanzt**
Am 9. Juni haben Aktivisten des Leninschen Komsomol der DVR aus Sugres Bäume an einem Gedenkstein für die Verteidiger der Stadt gegen die faschistischen deutschen Besatzer gepflanzt. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

deutsch.rt.com: **Aufgedeckt: US-finanzierte OAS legitimierte Putsch in Bolivien mittels falscher Wahlstatistiken**

Im Oktober 2019 wurde der Präsident Boliviens Evo Morales wiedergewählt. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sprach von Betrug. Wenig später zwang das Militär Morales zum Rücktritt. Doch neue Untersuchungen belegen: Die Behauptungen der OAS waren falsch.

Neue Untersuchungen der Ergebnisse kommen zum Schluss, dass die Wahl von Evo Morales im Gegensatz zur Darstellung der OAS nicht manipuliert worden ist. Entweder seien die Wahlbeobachter der OAS inkompetent gewesen, oder aber die Daten seien absichtlich verfälscht worden, so das Urteil der unabhängigen Analysten.

Die OAS wird überwiegend von den Vereinigten Staaten finanziert und entsprechend beeinflusst. Anfang September 2020 sollen in Bolivien Neuwahlen stattfinden.

<iframe width="741" height="417" src="https://www.youtube.com/embed/KWk6KA99XPw" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/KWk6KA99XPw>

Wpered.su: **Kommunisten aus Tores haben humanitäre Hilfe an einer Bibliothek in Jasinowataja übergeben**

Vertreter des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR haben humanitäre Hilfe an eine Filiale der Kinderbibliothek in Jasinowataja übergeben. Dies teilt ein Korrespondent von „Wpered“ mit.

„Unseren Landsleuten, den Kindern, haben wir Kleidung, Schuhe und Schreib- und Bastelmaterial gebracht. Dafür haben das Kollektiv der Bibliothek und die Einwohner der Stadt den nicht gleichgültigen Toresern gedankt“, berichtete die Vertreterin des Stadtkomitees Irina Guz.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/06/qx2rwzAcDQs-768x576.jpg>

de.sputniknews.com: **Bei Truppenabzug sollten die USA ihre „nichtstrategischen Kernwaffen mitnehmen“ – Moskau**

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat sich am Donnerstag bei einem Briefing zu dem mutmaßlichen US-Truppenabzug aus Deutschland geäußert.

Falls Washington den deutschen Boden tatsächlich von den Einheiten und Streitkräften der USA „befreien“ wolle, müsse man den Worten der Sprecherin zufolge auch „die in Deutschland stationierten amerikanischen nichtstrategischen Kernwaffen mitnehmen“.

„Vor allem, da die Amerikaner fortfahren, praktische Methoden ihrer Beherrschung im Laufe der gemeinsamen nuklearen Missionen mit dem Einsatz von nichtnuklearen Nato-Partnern durchzuarbeiten, und dies verstößt offensichtlich gegen die grundlegenden Prinzipien des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“, fügte Sacharowa hinzu. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32161/21/321612192_0:120:4385:3208_638x450_80_0_0_a92d53a71418b8a3275ffce7fcb71bd0.jpg.webp

lug-info.com: Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego

Im Zusammenhang mit den von der Ukraine erklärten Absichten, einseitig einige Passierpunkte (darunter Staniza Luganskaja) zu öffnen, haben wir den Versuch unternommen, mit der ukrainischen Seite Bedingungen und ein Passierregime für die Menschen über die Abgrenzungslinie zu vereinbaren, unter Berücksichtigung der Beschränkungen, die durch die gegen die Pandemie gerichteten Maßnahmen auferlegt sind.

Während der Vereinbarungen kamen bei der ukrainischen Seite unerwartet technische Probleme mit der Verbindung auf, was es nicht erlaubt, die Arbeit in der Videokonferenz der Kontaktgruppe fortzusetzen. Im Zusammenhang damit wird die Erörterung dieser Frage nach unserem Vorschlag am 15. Juni fortgesetzt werden.

Um dabei ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen der Gewährleistung der humanitären Notwendigkeiten und der Sicherheit der Bevölkerung zu erreichen, hat die Führung der Republik entschieden das Passierregime etappenweise zu lockern.

Zur Verhinderung eines Exports des Coronavirus auf das Territorium der LVR vom von Kiew kontrollierten Territorium aus, wo die Lage nach Einschätzung der ukrainischen Gesundheitsbehörden äußerst ungünstig ist und es nicht erlaubt die Einschränkungen zu lockern, wurden durch einen Erlass des Oberhaupts der LVR folgende Bedingungen und Regelung für die Organisation der Überschreitung der Abgrenzungslinie festgelegt: Das Passieren der Abgrenzungslinie wird nach zuvor abgestimmten Listen und Zahlen stattfinden, die eine vernünftige Belastung der medizinischen Einrichtungen nicht überschreitet. Die Listen für die Grenzüberschreitung werden täglich unter Berücksichtigung von dringenden Umständen gebildet.

Um in die Liste aufgenommen zu werden, muss man sich an das Außenministerium der LVR wenden (Es werden Nummern vergeben und Öffnungszeiten angegeben sowie E-Mail-Kontakte).

Beim Überschreiten der Abgrenzungslinie ist folgendes verpflichtend:
- Verwendung von Mund-Nase-Schutz und Handschuhen;

- Einhaltung einer sozialen Distanz von 1,5 Metern;
- Messung der Körpertemperatur.

Personen, die auf dem Territorium der LVR eintreffen, werden bei erhöhter Körpertemperatur und/oder Atemwegserkrankungssymptomen in ein Krankenhaus geschickt; ohne erhöhte Körpertemperatur und Symptome sind sie verpflichtet, sich für 14 Tage am Wohnort in häusliche Quarantäne zu begeben.

de.sputniknews.com: **Russischer DJ in Berlin festgenommen: Moskau hält Auslieferung von Kaznacheev für inakzeptabel**

Moskau hält die mögliche Auslieferung des in Deutschland inhaftierten russischen DJs und Musikers Denis Kaznacheev an die USA für inakzeptabel und wird dies entschieden verhindern. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag.

Am vergangenen Sonntag war bekannt geworden, dass die Berliner Polizei Kaznacheev festgenommen hat. Dies geschah bereits am 29. Mai. Er wird von den US-Behörden des Cyberbetrugs und der Geldwäsche verdächtigt. Seine Kollegen und Bekannten, die zu seiner Unterstützung eine öffentliche Kampagne gestartet haben, glauben, dass die personenbezogenen Daten von Kaznacheev von Angreifern gestohlen worden sein könnten, die sie für kriminelle Aktivitäten verwendet haben, und infolgedessen sei der Verdacht auf den Musiker selbst gefallen.

„Wir beobachten die Situation um die Festnahme und Inhaftierung des russischen Staatsbürgers Denis Kaznacheev durch die BRD-Behörden auf Ersuchen des US-Justizministeriums. Nach vorliegenden Informationen befindet er sich derzeit im Untersuchungsgefängnis in Berlin“, sagte Sacharowa bei einem Briefing.

Sie betonte, dass die an die russische Botschaft gerichtete Benachrichtigung des Bezirksgerichts keine konkreten Informationen über die Umstände des Falls enthalten habe.

„Wir halten die mögliche Auslieferung von Denis Kaznacheev an die Vereinigten Staaten für inakzeptabel. Wir werden entschiedene Schritte unternehmen, um ein solches Szenario zu verhindern, und, wenn die deutschen Behörden guten Grund zu der Annahme haben, dass dieser Bürger an einer Tätigkeit beteiligt war, die mit dem Gesetz nicht zusammenpasst oder diesem widerspricht, sollten die entsprechenden rechtlichen Verfahren in Bezug auf ihn in Deutschland durchgeführt werden, auch unter Einbeziehung der russischen Strafverfolgungsbehörden. Wir gehen davon aus, dass man in Berlin gesunden Menschenverstand zeigen und nicht weiter nach Washingtons Weisung handeln wird, das seit mehr als einem Jahr systematisch die extraterritoriale Auslegung von Rechtsnormen zur Verfolgung russischer Staatsbürger auf der ganzen Welt verwendet“, fügte die Diplomatin hinzu.

vormittags:

de.sputniknews.com: **USA prüfen Berichte über Haftars Öl-Geschäfte in Caracas – Reuters**

Die Vereinigten Staaten untersuchen Berichte über einen angeblich Besuch des Kommandeurs der Libyschen Nationalarmee, Khalifa Haftar, in Venezuela, meldet Reuters am Freitag unter Berufung auf einen hochrangigen US-Beamten.

In den Berichten hieß es, dass sich das Flugzeug Haftars letzte Woche in der venezolanischen Hauptstadt Caracas befunden habe, teilte der stellvertretende Sekretär des Nahostbüros im US-Außenministerium, David Schenker, in einer Telefonkonferenz mit. Es werde vermutet, dass der Besuch dafür organisiert worden sei, ein Ölgeschäft zu sichern.

Schenker sagte, die Vorwürfe seien besorgniserregend, und fügte hinzu, dass gegen diejenigen Sanktionen der USA und der Vereinten Nationen verhängt würden, die libysches Öl außerhalb

der gesetzlichen Bestimmungen der libyschen National Oil Corporation (NOC) exportieren. In Libyen dauert die Konfrontation zwischen der Regierung des Nationalen Einvernehmens von Fajis al-Sarradsch, die Tripolis und die Gebiete im Westen des Landes kontrolliert, und der Libyschen Nationalarmee unter dem Kommando von Khalifa Haftar an, die seit mehr als einem Jahr versucht, die Hauptstadt zurückzuerobern. Beide Konfliktseiten erklären, dass die andere Seite Waffen und Arbeitskräfte von außen erhalte. In den letzten Wochen hatten die Regierungs-Streitkräfte bedeutende Erfolge in der Schlacht um Tripolis gemeldet und angekündigt, ihre Offensive weiter voranzutreiben, nachdem sie die Kontrolle über die Stadt Sirte und andere Gebiete östlich der Hauptstadt erlangt hatten. Die Uno hat bereits 2011 ein Waffenembargo gegen Libyen verhängt, dessen Wirksamkeit aber gering bleibt. Die Europäische Union überwacht das Waffenembargo seit kurzem wieder mit Schiffen auf dem Mittelmeer im Rahmen der Operation „Iriní“.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. Juni wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

ukrinform.de: Pentagon hält Ukraine für "wichtigen Partner" beim Widerstand gegen Russland

Das US-Verteidigungsministerium bezeichnete die Partnerschaft mit der Ukraine im Verteidigungsbereich bei der strategischen Konfrontation der Vereinigten Staaten gegen Russland als "äußerst wichtig".

Dies geht aus der Erklärung des Pentagon über die Bereitstellung von 250 Millionen US-Dollar für die Ukraine als Hilfspaket für das laufende Geschäftsjahr hervor.

"Dies bestätigt erneut die Wechselwirkung zwischen den USA und der Ukraine, einem äußerst wichtigen Partner im Verteidigungsbereich an vorderster Linie der strategischen Rivalität gegen Russland. Die Vereinigten Staaten bleiben unerbittlich bei der Unterstützung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen", erklärte die US-Verteidigungsbehörde.

Dabei hat man im Pentagon deutlich gemacht, dass die Hilfe für die Ukraine den Aufbau der Verteidigungskapazitäten der ukrainischen Streitkräfte sowie Informiertheit betreffs der Lage am Meer vorsehe. Darüber hinaus zielt sie auf die Verbesserung der Luftraumüberwachungssysteme der Ukraine, der Systeme für Kommando und Kontrolle, um die Sicherheit von Landtruppen und Spezialeinsatzkräften durch die Bereitstellung von Artillerie-Jagd-Radaren und taktischer Technik zu gewährleisten.

Die Hilfe bietet auch die Verbesserung der medizinischen Versorgung für das Militär, die Verbesserung der Evakuierungsverfahren, die Stärkung des Cyberschutzes und strategische Kommunikation zur Bekämpfung der Operationen der Russischen Föderation.

Wie Ukrinform berichtete, hat der US-Kongress am Donnerstag gemäß den Empfehlungen des Pentagon das Hilfspaket für die Ukraine 2020 im Bereich Sicherheit und Verteidigung im Wert von 250 Millionen Dollar im Rahmen des US-Programms genehmigt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 11. Juni 3:00 Uhr bis 12. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Donezk (Siedlung des**

Trudowskaja-Bergwerks), Nowowybojewo.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 24.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 10.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Senatskomitee genehmigt US-Verteidigungsetat – Konkurrenz mit Russland und China hat Priorität

Das vom US-Senatsausschuss für Streitkräfte genehmigte Verteidigungsbudget von 740 Milliarden Dollar (mehr als 600 Milliarden Euro) räumt dem strategischen Wettbewerb mit Russland und China die oberste Priorität ein. Dies geht aus einer Mitteilung des Ausschusses vom Donnerstag (Ortszeit) hervor.

Demnach hat der langfristige strategische Wettbewerb mit Russland für die US-Verteidigung höchste Priorität, was zusätzliche Investitions- und Eindämmungsinitiativen erfordert.

Der National Defense Authorization Act (NDAA) (ein Gesetz, das den jährlichen Verteidigungsetat der USA festlegt - Anm. d. Red.) für das Geschäftsjahr 2021 erkenne die Notwendigkeit an, den komparativen Vorteil gegenüber China und Russland wiederherzustellen, aufrechtzuerhalten oder auszubauen, insbesondere für Schlüsselfähigkeiten und -technologien wie Hyperschallwaffen, Biotechnologien und Cybersicherheit, heißt es in dem Dokument. Der Gesetzentwurf sehe den Anreiz für Innovationen vor, damit die Vereinigten Staaten einen asymmetrischen militärischen Vorteil erzielen können.

Zudem soll laut dem NDAA das Verbot der militärischen Zusammenarbeit mit Moskau aufrechterhalten bleiben. Das Gleiche gilt für alle Maßnahmen, die die russische Souveränität über die Krim anerkennen. Das Verbot des Exports von Raketentechnologie nach Russland und der Integration des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in ähnliche Systeme in China und Russland bleibt ebenfalls aufrechterhalten.

Es ist außerdem geplant, die gegen Russland gerichtete „Eindämmungs-Initiative in Europa“, die die Rotation des US-amerikanischen Kontingents dort vorsieht, in vollem Umfang zu verlängern.

Der Pentagon-Chef wird aufgefordert, einen Bericht über die „russische Unterstützung für rassistisch-ethnische extremistische Gruppen, die Gewalt predigen“, in Europa und den USA vorzulegen. Die Senatoren geben jedoch nicht an, welche Art von „Unterstützung“ sie meinen.

US-Senator spricht von militärischer Eindämmung

Der diesjährige NDAA lege eine entscheidende Vorgehensweise fest, „um die nationale Verteidigungsstrategie umzusetzen, eine glaubwürdige militärische Eindämmung wiederherzustellen und letztendlich einen dauerhaften Frieden nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und Enkelkinder erreichen zu können“, sagte der republikanische Senator Jim Inhofe.

„Dies ist möglich, wenn der strategische Wettbewerb mit China und Russland, insbesondere im indopazifischen Raum, priorisiert und in moderne, tödliche gemeinsame Streitkräfte investiert wird, Innovationen auf allen Ebenen des Pentagons vorangetrieben werden und natürlich sichergestellt wird, dass unsere Truppen über die Ausbildung, Ausrüstung und Ressourcen verfügen, die sie benötigen, um ihre Missionen erfolgreich zu erfüllen“, fügte

Inhofe hinzu.

Am Donnerstag stimmten 25 Mitglieder des Senatsausschusses für den Gesetzentwurf, zwei waren dagegen. Das Dokument muss noch von der vollständigen Zusammensetzung des Senats genehmigt werden, dann sollte es mit dem Entwurf des Repräsentantenhauses vereinbart und gegebenenfalls erneut abgestimmt werden. Erst dann wird es von Präsident Donald Trump unterzeichnet.

Russland und der Westen

Die Beziehungen zwischen Moskau und westlichen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, haben sich wegen der Lage in der Ukraine und um die Halbinsel Krim verschlechtert, die sich nach einem Referendum wieder mit Russland vereinigt hatte. Der Westen warf Russland Einmischung vor und verhängte Sanktionen gegen das Land.

Moskau ergriff daraufhin Gegenmaßnahmen, strebt eine Importsubstitution an und hat wiederholt erklärt, dass es kontraproduktiv sei, mit ihm in der Sprache der Sanktionen zu sprechen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, dass die Arbeit zur Beseitigung von Problemen in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington ständig ins Stocken gerate und es trotz der Einstellung von US-Präsident Donald Trump schwierig sei, gezielt mit den US-amerikanischen Kollegen zusammenzuarbeiten. Er merkte an, dass eine vor einigen Jahren gegründete Gruppe zur Lösung der Streitfragen in Kraft sei, es habe bereits mindestens zwölf Sitzungen gegeben, „aber ohne großen Erfolg“.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31608/31/316083197_0:489:3887:2592_1000x0_80_0_1_e4d256721fdc2f4ced3691dabfb99a45.jpg.webp

Dan-news.info: Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin aus Anlass des Tages Russlands

Sehr geehrte Landsleute, ich gratuliere Ihnen zum Tag Russlands! In diesem Jahr begeht die Donezker Volksrepublik diesen Feiertag zum ersten Mal als staatlichen. Vor sechs Jahren haben wir einmütig für den Weg in die Russische Föderation gestimmt und Schritt für Schritt nähern wir uns unserem ersehnten Ziel.

Wir gehen in allen Lebensbereichen auf russische Standards über – im ökonomischen, kulturellen, sozialen, politischen. Für das Recht unser Ziel durchzusetzen haben wir voll und ganz bezahlt. Unsere Freiheit wurde zum Preis von Verlusten und Schwierigkeiten erkämpft, die auf das Los jedes Einwohners des Donbass gefallen sind. Aber anders konnte es nicht sein: Wir sind Russen – im Herzen und im Blut! Wir haben eine gemeinsame Sprache, eine einheitliche Kultur, eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte mit Russland. Ich danke ein weiteres Mal dem Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin und allen Einwohnern Russlands für die unschätzbare Hilfe und Unterstützung.

An diesem Feiertag wünsche ich jedem Einwohner der Donezker Volksrepublik Frieden, Gutes und Erblühen und Kraft für neue große Errungenschaften zum Wohl unserer großen

Heimat – Russland!
Zum Feiertag! Zum Tag Russlands!
Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik
Denis Puschilin

de.sputniknews.com: **US-Militär will Präsenz im Irak weiter reduzieren**

Die USA haben im Zuge des am Donnerstag eingeleiteten Strategischen Dialogs mit dem Irak bestätigt, dass ihre Präsenz in diesem Land weiter eingeschränkt und der Status der verbleibenden Truppen weiter besprochen werde. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung der beiden Länder hervor, die vom US-Außenministerium veröffentlicht wurde.

„Die Seiten haben anerkannt, dass die USA angesichts bedeutender Fortschritte bei der Bannung der Bedrohung durch den IS in den kommenden Monaten ihre Truppenstärke im Irak weiter reduzieren und mit der Regierung des Iraks den Status der verbleibenden Kräfte besprechen werden“, heißt es in der Erklärung.

Und: „Die Vereinigten Staaten haben erneut versichert, dass sie nicht um ständige Stützpunkte oder eine ständige Präsenz im Irak bemüht sind und nicht darum bitten.“

Der Dialog zwischen den beiden Ländern war abgebrochen, nachdem das irakische Parlament am 5. Januar mit einer Stimmenmehrheit für den Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium des Landes votiert und für eine Revision des Formats der Zusammenarbeit mit der US-geführten internationalen Anti-Terror-Koalition plädiert hatte.

Damit reagierte der Irak auf die US-Operation im Raum des internationalen Flughafens von Bagdad, bei der in der Nacht zum 3. Januar der Befehlshaber der Al-Kuds-Brigaden, einer Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, General Qassem Soleimani, und der Vizechef der irakischen schiitischen Volkswehr, Abu Mahdi al-Muhandis, getötet wurden.

Die beiden werden in Washington als Teilnehmer an dem Angriff auf die US-Botschaft in Bagdad am 31. Dezember 2019 betrachtet. Der Iran führte als Antwortmaßnahme Schläge gegen die US-Stützpunkte im Irak.

Nach diesen Ereignissen hat die US-geführte internationale Koalition dem irakischen Militär etliche Objekte übergeben, in denen bis dahin US-Truppen stationiert waren, darunter mehrere Luftwaffenstützpunkte und das Hauptquartier der Militärberater der Koalition.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32590/09/325900920_354:0:2742:1292_1000x0_80_0_1_4057c22c1af940b6f316c797e92e9d33.jpg.webp

Mzdnr.ru: **In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 22 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert**, teilt das Gesundheitsministerium mit. Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter sind vier medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung. 16 Personen wurden nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es drei Todesfälle – ein 63 Jahre alter Mann sowie eine 68 Jahre alte und eine 74 Jahre alte Frau

Am 12. Juni und 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 797 Fälle von Infektion registriert. 554 Patienten sind derzeit in Behandlung, 208 als gesund entlassen, es gibt 35 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Propaganda-Verdacht gegen China und Russland: Twitter sperrt 32.000 Konten**

Der Kurznachrichtendienst Twitter hat über 32.000 Accounts, die angeblich mit staatlicher Propaganda assoziiert sind, blockiert, teilte das Unternehmen am Freitag mit.

Als Grund für den Schritt, der insgesamt 32.242 Konten betraf, nannte Twitter Verletzungen seiner Anti-Manipulierungs-Regelungen.

Laut Twitter gehörten alle Accounts zu drei großen Netzwerken, die vermeintlich je von China, Russland und der Türkei gesteuert wurden.

Die meisten Konten (23.750) stammten demnach aus China:

„Sie twitterten hauptsächlich in chinesischen Sprachen und verbreiteten geopolitische Berichte zugunsten der Kommunistischen Partei Chinas sowie trügerische Erzählungen über die politische Dynamik in Hongkong.“

Was Russland betrifft, schreibt Twitter 1152 Konten der Medienwebseite „Current Policy“ zu, deren Inhalte es als politische Propaganda bezeichnet.

Weitere 7340 Accounts seien mit der regierenden Partei in der Türkei assoziiert, insbesondere mit deren Jugendflügel. Dieses Netzwerk sei nicht nur für politische Zwecke, sondern auch für kommerzielle Tätigkeit genutzt worden, hieß es.

Twitter hat Infos zu allen gesperrten Accounts in einem Archiv veröffentlicht und sie mit Organisationen geteilt, mit denen Twitter zu Fragen medialer Transparenz zusammen Forschung betreibt.

nachmittags:

ukrinform.de: **Ukraine und Russland sprechen in Minsk über Effektivität der Ukraine-Kontaktgruppe**

Eine Delegation der Ukraine hat sich im Rahmen ihres Besuchs in der weißrussischen Hauptstadt Minsk mit der russischen Seite der trilateralen Kontaktgruppe zur Lösung der Situation in der Ostukraine getroffen.

Ziel des Treffens am Donnerstag waren Gespräche über die Steigerung der Effektivität der Kontaktgruppe, wird auf der Webseite der ukrainischen Präsidenten mitgeteilt. „Das Treffen fand im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Normadie-Formats und der Fortsetzung des Treffens der ukrainischen Delegation in Berlin am 2. Juni und im Vorfeld des Besuches der ukrainischen Delegation in Paris am 12. Juni statt“, heißt es.

de.sputniknews.com: **Explosion in Kabuler Moschee fordert vier Todesopfer**

Vier Menschen sind am Freitag bei einer Explosion in einer Moschee in Kabul ums Leben gekommen. Dies gab der afghanische Fernsehsender Tolo News unter Berufung auf das Innenministerium des Landes bekannt.

Der tragische Vorfall ereignete sich demnach in der Sher Shah Suri Moschee im Bezirk Karte-Char im westlichen Teil Kabuls. Der Imam sei unter den Opfern.

Der Sprengstoff sei innerhalb der Moschee deponiert worden.

Am 2. Juni war bereits eine Bombe in der Wazir Akbar Khan Moschee in Kabuls Innenstadt hochgegangen, wobei der Imam und noch ein Mensch starben, mehrere weitere erlitten

Verletzungen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32709/10/327091031_0:193:3072:1855_1000x0_80_0_1_4d3f444211431410fd4c476174ebf487.jpg.webp

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 6. bis 12. Juni 2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas **Dolomitnoje** und die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art sowie großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 79. Brigade unter Führung von Luzenko die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit Granatwerfern verschiedener Art beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kriegsverbrecher der 10. Brigade und Führung Subantischs das **Nowowybojewo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden von unseren Beobachtern noch ermittelt.

In der letzten Woche haben die BFU 15-mal das Regime der Feueinstellung verletzt, darunter auch mit verbotenen Waffen. Auf **15 Ortschaften** der Republik hat der Gegner 88 verbotene Geschosse abgefeuert, darunter 66 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm und 22 Geschosse mit Granatwerfern verschiedener Art.

Alle Informationen werden mit Fotos und Videos an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft übergeben, um Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Guds, Palas, Mischantschuk, Luzenko, Majstrenko, Gontscharuk und Subanitsch einzuleiten.

Der Gegner stationiert weiter **Waffen und Militärtechnik auf dem Territorium von Objekten der zivilen Infrastruktur** und gefährdet so friedliche Einwohner.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Stationierung folgender Waffen und Technik festgestellt:

35. Marineinfanteriebrigade:

in Konstantinowka wurde die Verlegung von zwei Haubitzen „Gwodika“ und drei Schützenpanzern über die allgemein zugänglichen Straße Ostrowskij- und Sobornost-Straße festgestellt. Außerdem wurden zwei Mannschaft für Antipanzerraketenkomplexe auf dem Gebiet eines privaten Hauses bemerkt;

54. mechanisierte Brigade:

in Noselowka – ein Schützenpanzer und ein Abwehrgeschütz in einem Wohngebiet;

in Troizkoje – ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug;

in Kalinowo – ein Abwehrraketenkomplex „Osa“ auf dem Gebiet eines privaten Hauses;
in Nowobachmutowka – drei Panzertransporter;
in Oserjanowka – auf dem Gebiet eines privaten Hauses ein Abwehrraketenkomplex „Strela-10“ und ein Schützenpanzerwagen;
in Orłowski – ein Schützenpanzerwagen und ein Abwehrgeschütz auf dem Gebiet eines privaten Hauses;
in Werchnetorezkoje – vier Panzertransporter und ein Schützenpanzerwagen;
auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka – ein Panzertransporter;
57. Panzergrenadierbrigade:
in Jasnobrodowka – ein Schützenpanzerwagen;
in Perwomajskoje – ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug;
79. Luftsturmbrigade:
in Krasnogorowka – ein Schützenpanzer;
128. Gebirgssturmbrigade:
in Tschernenko – ein Panzertransporter und ein Abwehrgeschütz;
in Bogdanowka – acht Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen, ein Kommandostabsfahrzeug sowie ein Abwehrgeschütz, das unter einem Tarnnetz auf dem Grundstück eines privaten Hauses stationiert ist;
10. Gebirgssturmbrigade:
in Schirokino – zwei Schützenpanzer.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass keine Stationierung von Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur zuzulassen und über alle entdeckten Fälle die Beobachter der OSZE-Mission zu informieren.

Um die genannten Waffen vor den Beobachtern der OSZE-Mission zu verheimlichen, hat das Besatzungskommando den Einsatz von **Stationen der elektronischen Kriegführung** „R-934B“ und „Bukowel-AD“ aus dem Bestand des 20. und des 503. Bataillons für elektronische Kriegführung fortgesetzt, **um die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu unterdrücken**. Sie wurden im Verantwortungsbereich der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Stepanowka und Bogdanowka, im Verantwortungsbereich der 79. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Marjinka, Wladimirowka, Kurachowo und im Verantwortungsbereichs der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Lebendinskoje und Wodjanoje eingesetzt.

Außerdem hat der Kommandeur der OOS Krawtschenko den Kommandeuren der 128. und der 10. Gebirgssturmbrigade Gontscharuk und Gnatow befohlen, neben dem Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegführung zur Verheimlichung von Verlegungen von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen während der Rotation die Technik bei der Verlegung, an den Verladestationen und in den Gebieten, wo die Kolonnen formiert werden, zu tarnen. Dabei hat er die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Beschränkung der Arbeit der Monitoring-Gruppen der OSZE-Mission und der Verstärkung der Luftabwehr zur Verhinderung von Flügen von Drohnen der Beobachter in diesen Gebieten gelenkt, was zielgerichtete Verstöße gegen das Mandat der OSZE-Mission sind. Zu diesem Zweck haben Kämpfer der 128. und 10. Brigade in Nowotroizkoje und Talakowka zwei zusätzliche Checkpoints eingerichtet, um Mitarbeiter der OSZE-Mission nicht zur Feststellung der stationierten Technik durchzulassen.

Es ist notwendig anzumerken, dass die Beobachter der OSZE-Mission in ihren Berichten **regelmäßig Fälle des Beschusses von Drohnen der Mission** mit Schusswaffen durch bewaffneten Formationen der Ukraine festhalten. Insbesondere wird mitgeteilt, dass Kämpfer der 128. Brigade auf eine Kurzstreckendrohne im Gebiet von Petrowskoje geschossen haben, im Zusammenhang damit waren die Beobachter gezwungen, das Monitoring einzustellen und das Gebiet zu verlassen.

Wir stellen weiter fest, dass ukrainische Kämpfer allgemein zugängliche Straßen und landwirtschaftliche Felder verminen. Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer aus der 128. Brigade 30 Antipanzerminen (TM-62) auf Feldern, die für landwirtschaftliche Arbeiten vorgesehen sind, am Rand von Bogdanowka und in der Nähe einer allgemein zugänglichen Straße installiert haben. Diese Fall zeugt von der Untätigkeit des Stabs der OOS in Fragen der Entminung, was die Zivilbevölkerung und die OSZE-Mitarbeiter in Lebensgefahr bringt.

In der letzten Woche ist die **Lage entlang der Kontaktlinie schwierig geblieben** und hat sich unter Einfluss weiterer Versuche des ukrainischen Militärkommandos, die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen und die gesammelten Beweise beim Treffen der Kontaktgruppe am 9.-10. Juni vorzulegen, entwickelt.

Gemäß uns vorliegenden Informationen hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ des Gegners **Anweisungen erhalten, die Volksmiliz mit allen Mitteln zu zwingen, auf militärische Provokationen zu antworten**, um die Republik der Nichteinhaltung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen. Die erteilten Anweisungen sind die **Folge des katastrophalen Treffens der ukrainischen Delegation am 2. Juni in Berlin**, wo Deutschland und Frankreich Kiew die Unterstützung seiner Initiative zur Transformation der Minsker Vereinbarungen verweigert haben, insbesondere die Aufnahme der „Krim-Frage“ in den Verhandlungsprozess sowie von Delegation der USA und Großbritanniens. Hauptbedingung für einer Unterstützung ist das Erreichen eines vollständigen Regimes der Ruhe im Donbass.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ hat nach Erhalt der Aufgabe sofort mit ihrer Ausführung begonnen und dabei das gesamte Spektrum an Möglichkeiten eingesetzt. So wurden im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe zahlreiche Beschießungen des Territoriums der Republik festgestellt, darunter unter Einsatz von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. So haben Kämpfer der 57., 128. und 10. Brigade auf Befehl von Mischantschuk, Gontscharuk und Subanitsch das Feuer auf Spartak, Dokutschajewsk, Kominternowo und Kulikowo mit 82mm-Mörsern eröffnet.

Außerdem haben wir in diesem Zeitraum die Ankunft von 15 Filmteams ukrainischer Informationsagenturen einschließlich zweier ausländischer - „France Presse“ und „BBC“ – festgestellt.

Aber alle Versuche des Kommandos der BFU die Volksmiliz zu zwingen, auf provokativen Beschuss zu antworten, haben nicht zum Erfolg geführt, und die Journalisten mussten langweilige Reportagen über den „harten“ Alltag der ukrainischen Soldaten an der Front erstellen. Aber auch hier ging es nicht ohne einen Skandal. In einer Artillerieabteilung der 57. Brigade starb ein Soldat an einer Coronavirusinfektion, und die Reportergruppe von „Radio Swoboda“, die Aufnahmen in dieser Einheit macht, kam in Quarantäne, was das Image des Kommandos der OOS stark beschädigt.

Da es nicht die Möglichkeit hat, die Volksmiliz der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen, setzt das ukrainische Militärkommando die Versuche die Volksmiliz unter Heranziehung von Zentren für informationspsychologische Operationen zu diskreditieren, fort. Wie bekannt wurde, hat das 72. Zentrum, das in Browary stationiert ist, vom Verteidigungsministerium der Ukraine etwa 1 Mio. Griwna für die Herstellung und Veröffentlichung von Videomaterialien erhalten, die auf die Diskreditierung der Führung der Volksrepubliken gerichtet sind. Allerdings gelangte nur die Hälfte der vorgesehenen Mittel bis zum Zentrum, der Rest verteilte sich in den Taschen der Beamten des Verteidigungsministeriums. In den Anweisungen sind Fernsehsender genannt sowie die Sendezeiten für die Videos. Aber da das geringe Niveau der professionellen Ausbildung solcher Pseudospezialisten bekannt ist, kann man mit Überzeugung sagen, dass die vorgesehenen Mittel umsonst ausgegeben werden, wie auch auch Millionen von Griwna, die zur Erstellung von „gefakten“ propagandistischen Materialien vorgesehen waren.

Wir stellen weiter **nicht kampfbedingte Verluste des Gegners** fest, deren Zahl **in der letzten Woche neun Tote und 23 Verletzte** betrug. Hauptursache sind nach wie vor unvorsichtiger Umgang mit Munition, interne Konflikte mit Waffeneinsatz und Verkehrsunfälle. So fuhr der Offizier der 54. Brigade Major W.N. Grin am 8. Juni in Pokrowsk bei der Fahrt mit seinem persönlichen Fahrzeug unter Drogeneinfluss einen Schüler der Schule Nr. 14 an. Bei Versuch, vom Ort des Verkehrsunfalls zu fliehen, kam er nicht mit der Lenkung zurecht und fuhr auf ein geparktes Fahrzeug. Der Soldat wurde mit zahlreichen Verletzungen in ein Krankenhaus von Pokrowsk eingeliefert, der militärische Rechtsordnungsdienst führt eine Ermittlung durch.

Trotz der Anstrengungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte und dem Einfließen Millionen in verschiedene Arten von Programmen zur Erhöhung des Prestiges des Dienstes in den ukrainischen Streitkräften gibt es nach wie vor nicht viele, die in den ukrainischen Streitkräften Dienst tun wollen. Außerdem wirken sich die täglichen nicht kampfbedingten Verluste und das moralisch-psychische Niveau der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte negativ auf die Ausstattung der Verbände in der OOS-Zone aus.

Die angeführten Informationen finden ihren Ausdruck in einem außerordentlichen Bericht des Kommandeurs der OOS Krawtschenko an den Leiter des Generalstabs Kornejtschuk, indem es heißt, dass die Ausstattung der 128. Brigade nicht mehr als 64%, die der 57. Brigade 60% und der in der OOS-Zone eingetroffenen 35. Marineinfanteriebrigade 60% der vorgesehenen Zahl beträgt. In dem Bericht wird angemerkt, dass die unternommenen Maßnahmen zur zusätzlichen Ausstattung der 35. Brigade durch Abkommandieren von Personal aus der 58. Panzergrenadierbrigade im Zusammenhang mit dem Unwillen der Soldaten den Dienst in der Kampfzone fortzusetzen nicht ausreichend sind. Außerdem wurden nach der Ankunft in der OOS-Zone 24 Soldaten der 35. Brigade mit Dysenterie aufgrund von unmäßigem Trinken von schlechtem Wasser während des Marsches ins Krankenhaus eingewiesen.

Uns wurde bekannt, dass das Kommando der 35. Brigade dem Personal verheimlicht, dass aufgrund der geringen Gewissenhaftigkeit der Sachbearbeiter die Kämpfer der 58. Brigade, die den Dienst in der 35. Brigade fortsetzen wollen, nicht in die offiziellen Listen aufgenommen wurden, im Zusammenhang damit werden sie keine Zusatzzahlungen erhalten.

Wir verfügen über zuverlässige Informationen, dass es Anfang Juni in den ukrainischen Streitkräfte mehr als 6000 Soldaten gab, die eigenmächtig den Truppen verlassen haben oder sich freiwillig in Gefangenschaft begeben haben, davon entfallen 3000 auf Brigaden aus der OOS. Es ist bemerkenswert, dass 70% von diesen 3000 auf Eliteverbände, wie die 128. und 10. Gebirgssturmbriade sowie die 35. und 36. Marineinfanteriebrigade entfallen. Es muss angemerkt werden, dass sich Soldaten, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben, für die Kommandeure der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte schon lange in ein erprobtes Geschäft verwandelt haben und eine überzeugende Komponente schwarzer Einkünfte auf dem Niveau von Schmuggel und Treibstoffverkauf sind.

Unternehmungstüchtige Kämpfer sind bereit, den Kommandeuren nicht wenig Geld dafür zu zahlen, dass sie offiziell als in der OOS-Zone befindlich aufgeführt werden, sich dabei aber zu Hause befinden.

Eine Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte hat bereits eine dienstliche Untersuchung gegen Kommandeure von Verbänden und Truppenteilen begonnen, die nicht den Befehl der Leitung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte „Über militärische Verpflichtungen und den Militärdienst“ über den Entzug von Funktionen sowie die Beendigung des Militärdienst von Deserteuren umgesetzt haben.

Nach uns vorliegenden Informationen von einer Quelle im Stab der OOS werden in Bezug auf die Kommandeure der 128. Gebirgssturmbriade, der 35. Marineinfanteriebrigade und der 57. Panzergrenadierbrigade Gontscharuk, Palas und Mischantschuk dienstliche Ermittlungen durchgeführt, in deren Ergebnis Disziplinarmaßnahmen erfolgen werden. Außerdem werden die Schuldigen verpflichtet werden, den materiellen Schaden wegen Überzahlungen von Sold

zu ersetzen, dieser beträgt mehr als 40 Mio. Griwna.

Gleichzeitig gehen entsprechend einem Erlass des Oberhauptes der DVR in den Einheiten der Volksmiliz die Trainings der Parademansschaften weiter, die unter Einhaltung von prophylaktischen Maßnahmen zur Verhinderung einer Verbreitung der Coronavirusinfektion erfolgen. Zur Gewährleistung antiepidemiologischer Maßnahmen hat das Gesundheitsministerium die notwendige Zahl von Handschuhen, Masken und Handdesinfektionsmitteln zur Verfügung gestellt.

Das Personal der Parademansschaften wird regelmäßig auf Coronavirusinfektionen untersucht. Bisher haben alle Untersuchungen ein negatives Ergebnis gezeigt.

ukrinform.de: **In ukrainischer Armee 160 Coronavirus-Fälle**

In den Streitkräften der Ukraine gibt es zum Stand am 12. Juni 160 an Corona Erkrankte. In den letzten 24 Stunden wurden sechs neue Coronavirus-Fälle bestätigt.

Dies geht aus der Mitteilung des Kommandos des Medizindienstes der Streitkräfte der Ukraine hervor.

„Zum Stand 10.00 Uhr am 12. Juni wurden in den ukrainischen Streitkräften 160 durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachte Viruserkrankungen bestätigt. Während der Pandemie sind 163 Menschen genesen, verstorben sind vier Patienten. In Isolation (darunter in Selbstisolation) sind 526 Menschen. Nach drei Tagen endete die Isolation für 51 Patienten. In den letzten 24 Stunden wurden sechs neue Covid-19-Fälle nachgewiesen“, heißt es.

In der Ukraine wurden zum Stand am 12. Juni 29.753 Coronavirus-Fälle bestätigt. Binnen des Tages wurden 683 neue Fälle nachgewiesen. Genesen sind 13.567 Patienten, Todesfälle: 870.

de.sputniknews.com: **Erste milliardenschwere IWF-Tranche an Ukraine ausgezahlt**

Kiew hat die erste Tranche in Höhe von 2,1 Milliarden US-Dollar (1,8 Milliarden Euro) vom fünf Milliarden Dollar (4,4 Milliarden Euro) schweren Hilfsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) bekommen. Dies teilte der Chef der ukrainischen Nationalbank, Jakow Smolij, am Freitag auf Twitter mit.

Die Tranche sei im vollen Umfang überwiesen worden, schrieb Smolij. Demzufolge kommt das Geld nicht direkt vom IWF, sondern von dessen Mitgliedsstaaten.

„Seit gestern sind die Geldmittel in Raten in US-Dollar, Euro, Yen, Pfund und Yuan (...) eingezahlt worden. Der Vorgang ist nun zu Ende.“

Als SRD (Sonderziehungsrecht) wird die vom IWF eingeführte Währung bezeichnet, die international als Zahlungsmittel verwendet werden kann. Sie wird nicht an Devisenmärkten gehandelt, sondern auf IWF-Konten wie ein Buchkredit geführt.

Die restlichen Mittel des Hilfspakets sollen einer IWF-Mitteilung zufolge im Rahmen von weiteren vier Tranchen bereitgestellt werden.

Das neue Programm ersetzt das im Dezember 2018 vom IWF gebilligte 14-monatige Programm. Das Hilfspaket zielt auf die Milderung der negativen Krisenfolgen, die Unterstützung der Unabhängigkeit der Zentralbank und des flexiblen Währungskurses sowie die Beibehaltung der Finanzstabilität nach Sanierung der Banken ab.

mil-lnr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osdatschij über die Situation an der Kontaktlinie vom 6. bis 12. Juni 2020**

Guten Tag! Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die BFU einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Im Richtung Debalzewo haben Strafruppen der 24. Brigade des Verbrechers Guds **Logwinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Der Gegner stationiert weiter **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern Infrastrukturobjekten** von Ortschaften und gefährdet so örtliche Einwohner.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung folgende Waffen entdeckt:

3 Abwehrgeschütze, eine 122mm-Haubitze „Gwosdika“, 15 120mm-Mörser, 8 Schützenpanzer. Diese Information wird auch in den Berichten der OSZE-Beobachter bestätigt. ...

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind**, entlang der Kontaktlinie.

So in folgenden Gebieten:

Nowoswanowka – Feuerpositionen einer Mörsermannschaft und einer Abwehrgeschützmannschaft;

Trjochisbjenka – ein Schützenpanzer und Feuerpositionen einer Mörserbatterie;

Popasnaja – Feuerpositionen einer Mörserbatterie;

Krjakowka – drei Schützenpanzer und Positionen einer Mörserbatterie.

In der letzten Woche wurde dank koordinierter Handlungen der Luftabwehreinheiten und der Mannschaften der elektronischen Kriegführung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR eine **Drohne, die OSZE-Beobachter verfolgte und der 24. Brigade gehörte, zwangsweise gelandet...**

Die anhaltende Aggression der Ukraine gegen die Zivilbevölkerung des Donbass ist ein ständiger Anlass zur Spekulation aller möglicher Geschäftemacher, die unter dem Deckmantel von Freiwilligengruppen sich am Leid örtlicher Einwohner bereichern.

So arbeiten in der OOS-Zone unter dem Anschein von Freiwilligen Vertreter des Fonds „Bosroshdenije“, der vom amerikanischen Geschäftsmann George Soros finanziert wird, die unter dem Deckmantel von Freiwilligenaktivitäten Bürger aus den Reihen der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte anwerben, um sie in den USA und Europa bei spontanen Proestaktionen zur Destabilisierung der Lage einzusetzen.

Sie versprechen den Soldaten, dass sie in diesem Fall die rechtlichen Folgen des eigenmächtigen Verlassens des Truppenteils regeln werden.

Die Ausbildung der angeworbenen Soldaten soll auf einem der Übungsplätze in der westlichen Ukraine unter Leitung ehemaliger und aktiver Offiziere der Luftlandkräfte, die Kampferfahrung haben, stattfinden. Die Ausbildung soll Generalleutnant Sabrodskij betreuen, der derzeit Abgeordneter der Partei Poroschenkos „Europäische Solidarität“ ist. Nach uns vorliegenden Informationen haben neun Soldaten aus der 25. Brigade und sieben aus der 93. Brigade zugesagt.

Diese Situation ist ein Ergebnis der Freundschaft zwischen Poroschenko und George Soros, der in einem erheblichen Maße an dem Sturz des US-Präsidenten Donald Trump interessiert ist.

Der Nationalismus in der Ukraine ist eine der Ursachen für den Staatsstreich im Winter 2014, und seit sechs Jahren versuchen Nationalisten auf verschiedenem Weg an die Macht zu kommen und schließen auch einen gewaltsamen Weg nicht aus.

Die nationalistischen Organisationen „Ukrainischer Angriff“, „Karpatskaja Setsch“, „C-14“, die mit Poroschenko in Verbindung stehen, haben Informationsaktionen organisiert, um die junge Generation in ihre Reihen zu ziehen, um diese für Straßengefechte sowie zur Anfachung von Unruhen im Staat und in der OOS-Zone einzusetzen.

Zu diesem Zweck ist in Sewerodonezk, Stschastje, Staniza Luganskaja die Ankunft von Vertretern der genannten Organisationen festzustellen, die sich mit der Anwerbung von Jugendlichen im Alter von 14 bis 27 Jahren befassen, sowohl durch direkte Agitation als auch über soziale Netzwerke, den Jugendlichen wird angeboten an militärischen Feldspielen auf Übungsplätzen der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde teilzunehmen, wo junge Ukrainer mit Maschinengewehren, Granaten, im Kampf unter Straßenbedingungen gegen

Polizisten ausgebildet werden.

Die grundlegende Ideologie, die in den Agitationsmaterialien verwendet wird, ist weit von den westlichen Werten, die von der ukrainischen Regierung offiziell erklärt werden, entfernt und gehen von der Überlegenheit und Vorrangigkeit der weißen Rasse aus.

Kämpfer der 93. Brigade haben ein Wohnhaus am Rand von Nowotoschkowskoje besetzt, in dem sie sich einen Erholungsraum eingerichtet haben. Unter Nutzung dessen, dass die Volkmiliz das Regime der Feueinstellung einhält, verlassen ukrainische Soldaten ihre Positionen und nisten sich in Häusern örtlicher Einwohner ein.

Die örtlichen Verwaltungsgremien haben schon mehrfach Eingaben von empörten Einwohnern der Ortschaft erhalten, die ständig Opfer von Angriffen von Seiten betrunkenen ukrainischer Soldaten werden, die Lebensmittel verlangen und regelmäßig Geld erpressen. Außerdem haben die Kämpfer erhebliche Schulden im örtlichen Geschäft, die sie nicht beabsichtigen zu bezahlen. In diesem Zusammenhang hat sich der Besitzer des Geschäfts Wlassenko an die Polizei mit der Forderung gewandt, die Ausschreitungen der Soldaten zu beenden.

Das Kommando der Einheiten unternimmt keinerlei Maßnahmen gegen seine Untergebenen, da die Soldaten und Unteroffiziere regelmäßig Zahlungen an den Kommandeur leisten, damit er sie in dieser Position belässt....

Nach Informationen einer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betrogen die **nicht kampfbedingten Verluste der Gruppierung in der letzten Woche sieben Tote und neun Verletzte. ...**

de.sputniknews.com: **Bundesregierung besorgt über US-Sanktionen gegen deutsche Behörden**

Die Bundesregierung ist über mögliche US-Sanktionen gegen deutsche Behörden und Unternehmen wegen der Ostseepipeline Nord Stream 2 besorgt. Dies meldet die F.A.Z. unter Verweis auf ein internes Dokument des Bundeswirtschaftsministeriums.

Das Papier verweist auf einen Gesetzentwurf, den republikanische und demokratische Senatoren in Washington kürzlich in den US-gesetzgebenden Prozess eingebracht haben.

Worauf der Gesetzentwurf abzielt

Demnach sollen nach Angaben des Wirtschaftsministeriums „alle Firmen“, die im Zusammenhang mit der geplanten Gasleitung Nord Stream 2 „Dienstleistungen, Versicherungen oder bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe anbieten“, in die geplanten Sanktionen „einbezogen werden“.

„Gleiches gilt für Dienstleistungen wie Prüfungen, Inspektionen oder Zertifizierungen, die für den Betrieb von Nord Stream 2 erforderlich sind“, heißt es weiter in dem Dokument.

In dem Dokument steht geschrieben: „Es wäre ein Novum, wenn sich Sanktionen auch gegen Behörden von (befreundeten) Regierungen oder gar gegen die Regierungen selbst richten.“ Es sei dabei „davon auszugehen, dass die neuen Sanktionsvorschläge deutlich mehr deutsche und europäische Unternehmen zu einem potenziellen Sanktionsziel machen“.

Nord Stream 2

Nord Stream 2 ist ein staatlich kontrolliertes Unternehmen Russlands. Das Unternehmen baut eine Pipeline am Ostsee-Boden, die Gas von Russland nach Deutschland befördern wird. Der Bau geht weiter.

Die Bundesregierung unterstützt das Projekt, doch andere europäische Länder - wie auch die USA – betrachten es als gefährlich. Laut Kritikern dieses Vorhabens könnte die Pipeline Europa sehr von russischem Gas abhängig machen.

Gegen das Projekt treten in Washington nicht nur Präsident Donald Trump, sondern sogar die Mehrheit der beiden großen Parteien im US-Kongress auf.

Der Fertigbau des Projektes wurde wegen der ersten US-Sanktionen bereits verzögert. Die deutschen Unternehmen sind bis dato aber nicht betroffen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32627/35/326273543_0:71:1400:828_1000x0_80_0_1_a245a51a3e3bbfd37e5fb5cb9b35ec7f.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Tag Russlands: Putin und Ausland gratulieren den Bürgern zum Nationalfeiertag**

Am 12. Juni wird der Tag Russlands begangen, der auch Unabhängigkeitstag genannt wird. An diesem Tag im Jahr 1990 wurde die Deklaration über die staatliche Souveränität verabschiedet. Der russische Präsident Wladimir Putin sowie Staatsoberhäupter und Offizielle anderer Länder gratulierten dem russischen Volk.

Putin betonte, „das durchdringende Gefühl des Vaterlandes“ habe dem russischen Volk immer geholfen, Mühsale des Lebens zu überwinden und sich in „harten Prüfungen zu bewahren, auf beliebige Herausforderungen zu reagieren.“

„Für jeden von uns bedeutet die Heimat die Familie und das Elternhaus, die Heimaterde - von Kaliningrad bis nach Kamtschatka und bis zu den Kurilen, von den nördlichen, arktischen Meeren bis nach Sewastopol und bis auf die Krim. Auf diesen unendlichen Weiten entfaltet sich unsere tausendjährige Geschichte, erfüllt mit Seiten des großen Ruhms und des Stolzes, des unübertroffenen Heldenmuts unserer Vorfahren, ihrer Vaterlandsliebe und ihres Glaubens“, sagte er.

Gratulationen aus dem Ausland

Der Präsident Weißrusslands, Alexander Lukaschenko, gratulierte Putin zum Unabhängigkeitstag und äußerte sich diesbezüglich, dass die Republik sich mit großem Respekt zu den Erfolgen des Brudervolkes bei der Schaffung eines starken und aufblühenden Landes verhalte.

Auch der US-Außenminister Mike Pompeo sprach Glückwünsche im Namen der Regierung und des amerikanischen Volkes den Bürgern Russlands zum Nationalfeiertag aus:

„An diesem Tag begehen wir den 30. Jahrestag der Erklärung der staatlichen Souveränität Russlands, der die demokratischen Bestrebungen und die Souveränität des russischen Volkes, Jahrhunderte seiner Geschichte, Kultur und Traditionen sowie das unverletzliche Recht auf ein menschenwürdiges Leben gekennzeichnet hat.“

Überdies gratulierten Russland zum Nationalfeiertag auch der UN-Botschafter in Moskau, John Sullivan, die britische Königin Elizabeth II, der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un, der iranische Präsident Hassan Rohani, der moldauische Präsident Igor Dodon.

Die russische Botschaft in Argentinien und die Föderalagentur Rossotrudnitschestwo haben eine Reihe von Veranstaltungen anlässlich des Unabhängigkeitstages vorbereitet. Laut ihren Angaben sollte das Musikprojekt „Mit Russland im Herzen“ organisiert werden, bei dem die Argentinier berühmte russische Lieder singen und die Videos damit in Social-Medien

veröffentlichen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31372/72/313727200_0:26:3071:1687_1000x0_800_1_03cde2172b4dfa1607ac8cecbf922421.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Ukraine bekommt Partner-Status der Nato mit erweiterten Möglichkeiten**

Die Ukraine hat laut ihrem Außenminister Dmitry Kuleba den Status eines Partners der Nato mit erweiterten Möglichkeiten (EOP) erhalten.

„Ich bin unseren Partnern im Bündnis zutiefst dankbar, dass sie dies ermöglicht haben. Die Ukraine erhält endlich den wohlverdienten Partnerstatus der NATO mit erweiterten Möglichkeiten“, schrieb Kuleba auf Twitter und erinnerte daran, dass Kiew bereits im Januar einen Antrag auf Teilnahme am Enhanced Opportunity Program der Nato gestellt hatte. Im Dezember 2014 hat die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Änderungen in zwei Gesetze eingebracht, wodurch die Ukraine ihren Status als blockfreier Staat verloren hat. Zwei Jahre später wurden zusätzliche Änderungen verabschiedet, die den Beitritt zur NATO als außenpolitisches Ziel des Landes festlegen.

Laut dem Programm der ukrainischen Regierung wird das Land weiterhin an dem Kurs zur Integration des Landes in die Europäische Union und die NATO festhalten. Der frühere Generalsekretär des Bündnisses, Anders Fogh Rasmussen, erklärte jedoch zuvor, dass Kiew eine Reihe von Beitrittskriterien erfüllen werden müsse, deren Umsetzung viel Zeit in Anspruch nehmen werde.

Experten glauben, dass die Ukraine in den nächsten 20 Jahren keine Mitgliedschaft in der Allianz beanspruchen könne.

de.sputniknews.com: **Virtuelle Gespräche mit Chinas Premier Li: Merkel fordert mehr Marktzugang und Gleichbehandlung**

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat bei einer Videokonferenz mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang am Donnerstag auf Fortschritte beim Marktzugang und der Gleichbehandlung deutscher und anderer ausländischer Unternehmen in China gepocht. Nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert machte Merkel deutlich, dass hier weitere Schritte nötig seien. Das angestrebte ambitionierte Investitionsabkommen, über das die EU und China verhandeln, sei dabei ein wichtiges Element.

Corona-Bekämpfung und Wirtschaftskooperation im Mittelpunkt

Merkel habe Deutschlands Interesse an einem regelbasierten und freien multilateralen Handel, einer Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) sowie an einem stabilen bilateralen Austausch unterstrichen, teilte Seibert mit. Investitions- und Handelsfragen in verschiedenen Wirtschaftssektoren einschließlich des Bereichs der öffentlichen Aufträge

sowie aktuelle Themen der Weltwirtschaft hätten eine Rolle gespielt. An den Gesprächen nahm auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) teil. Am Rande wurden drei Kooperationsabkommen zwischen deutschen und chinesischen Partnern unterzeichnet.

Industrie hofft auf neue Impulse

Wegen der Ungewissheiten für deutsche und europäische Unternehmen in China durch die schweren wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise gibt es große Erwartungen, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder vorangebracht werden kann. Derzeit vergibt China allerdings aus Angst vor einer Einschleppung des Virus keine normalen Visa mehr. Zwei Sonderflüge der deutschen Wirtschaft haben mit Ausnahmegenehmigungen rund 360 Manager, Techniker, Experten und Angehörige ins Land bringen können. Doch die Wirtschaft leidet unter den Reisebeschränkungen.

Nachdem sich die EU zunächst enttäuscht über die Fortschritte in den Verhandlungen über das Investitionsabkommen geäußert hatte, gab es auch die Hoffnung, dass Merkels Gespräche mit Li Keqiang neue Impulse geben könnten. Die deutsche Industrie hofft auf einen Abschluss noch in diesem Jahr. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dieter Kempf, sagte, an erster Stelle stünden deutliche Verbesserungen beim Marktzugang sowie faire Bedingungen für den Wettbewerb mit Chinas Staatsunternehmen.

Auch Lage in Hongkong angesprochen

Zudem seien der deutsch-chinesische Menschenrechtsdialog und die Lage in Hongkong zur Sprache gekommen, berichtete Seibert. Im Vorfeld hatten Menschenrechtspolitiker gefordert, dass Chinas umstrittene Pläne für ein Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in der chinesischen Sonderverwaltungsregion Hongkong verurteilt werden müssten.

Die FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg begrüßte, dass Merkel die „besorgniserregende Situation in Hongkong“ angesprochen habe. Es sei an der Zeit, „den Druck auf Peking auch öffentlich weiter zu erhöhen“. Die Taktik der diskreten Einflussnahme auf Peking sei gescheitert, sagte Teuteberg. „Offensichtlich schert sich Peking nicht um Abkommen und Versprechen.“ Gerade in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sei es geboten, die Verletzung von Menschenrechten und Völkerrecht klar zu benennen.

Respekt für Autonomie Hongkongs gefordert

Die Unionsfraktion appellierte an China, den Sonderstatus Hongkongs voll zu respektieren. Der Obmann für Außenpolitik, Roderich Kiesewetter (CDU), sagte, „China hat im damaligen Übergabevertrag mit dem Vereinigten Königreich umfassende Sonderrechte für Hongkong bis zum Jahr 2049 zugesagt.“ Die chinesisch-britische Erklärung von 1984 und die festgeschriebene Autonomie Hongkongs gemäß dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ seien nicht verhandelbar. Das chinesische Sicherheitsgesetz stelle jedoch einen Angriff auf dieses Prinzip dar.

Das Gesetz wäre aus Sicht von Kritikern der bisher weitestgehende Eingriff in Hongkongs Autonomie. Es wendet sich gegen Aktivitäten, die Peking als subversiv ansieht und auf eine Unabhängigkeit abzielen könnten.

Seit der Rückgabe der früheren britischen Kronkolonie 1997 an China wird Hongkong autonom als eigenes Territorium verwaltet.

de.sputniknews.com: Fall um „Giftstoff aus Russland“ in Tschechien abgeschlossen

Der Fall über den angeblich aus Russland mitgebrachten Giftstoff, aufgrund dessen Tschechien zwei russische Diplomaten ausgewiesen hat, ist abgeschlossen. Dies geht aus einem am Freitag veröffentlichten Bericht des Sicherheits- und Nachrichtendienstes (BIS) hervor.

„Die in die Medien durchgesickerten Informationen haben die Arbeit von BIS erheblich erschwert und die Ermittlung nahezu unmöglich gemacht“, heißt es in der Mitteilung des Dienstes.

Der Sicherheits- und Nachrichtendienst meldete hinzu, man habe die Staatsanwaltschaft mit

der Bitte angesprochen, den Informationsverlust in Bezug auf diesen Fall zu untersuchen. Es wurde zudem angegeben, die Informationen über den Giftstoff Rizin seien nicht bestätigt worden.

Affäre um den angeblichen Giftschmuggel

Ende April hatte die Prager Wochenschrift „Respekt“ unter Berufung auf Quellen im Geheimdienst berichtet, dass ein Mann mit russischem Diplomatenpass vor drei Wochen nach Prag gekommen sei und in seinem Koffer das tödliche Pflanzengift Rizin mitgeführt habe. Das Gift sei für Ondřej Kolář (Bürgermeister des Sechsten Prager Stadtbezirks) und für Oberbürgermeister Zdeněk Hřib bestimmt gewesen, hieß es weiter. Die beiden hatten die Demontage des Denkmals für den sowjetischen Marschall Iwan Konew und die Umbenennung des Platzes vor der russischen Botschaft in Prag in Boris-Nemzow-Platz initiiert.

Der tschechische Innenminister Jan Hamáček räumte Mitte Mai in Bezug auf die Vergiftungsvorwürfe gegen Russland das Fehlen von Beweisen ein. Die russische Außenamtssprecherin, Maria Sacharowa, äußerte ihrerseits, dass hinter der Diplomatenausweisung bestimmte tschechische Eliten stünden, die das Verhältnis zu Moskau gezielt trüben würden.